



■ **EVANGELISCHE KIRCHE**
Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf
■

Diskussionsreihe im Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem

Wie verändert die Corona-Krise unsere Gesellschaft?

Ergebnisdokumentation

Wie verändert die Corona-Krise unsere Gesellschaft? Diese Frage stand im Zentrum einer gemeinsam vom Verein Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem und dem Evangelischen Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf verantworteten Veranstaltungsreihe.

Die Corona-Krise hinterlässt tiefe Spuren in unserer Gesellschaft. Sie betrifft viele Bereiche unseres persönlichen Lebens und hat gravierende Auswirkungen auf unser Gemeinwesen. Wie genau sich unsere Gesellschaft verändert, ist noch nicht abzusehen. Die Befunde sind widersprüchlich.

An sechs Abenden diskutierten Impulsgeber*innen und Gäste online zu den Auswirkungen in ganz unterschiedlichen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens und fragten: Welche Implikationen hat die Pandemie? Wo verschärfen sich Probleme? Wo entwickeln sich innovative Impulse und Ideen? Dabei war es uns wichtig, jeweils Bezüge zwischen theoretischen Überlegungen und praktischen Erfahrungen aus unserem lokalen Umfeld, der Region Steglitz-Teltow-Zehlendorf, herzustellen.

Lesen Sie im Folgenden einige Gedanken, Ideen und Ergebnisse der Diskussionsabende nach. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber mit dem Wunsch, dass diese Notizen beim weiteren Nachdenken nützlich sind.

Wir laden zudem herzlich ein, den Austausch online auf unserem Padlet <https://www.niemoeller-haus-berlin.de/mitmachen/corona-krise> weiterzuführen und sich an der gemeinsamen Entwicklung ganz konkreter Ideen und Aktionen zu beteiligen. Einige Stichworte aus den sechs Diskussionsabenden sind dort bereits notiert. Sie finden sie auch am Ende dieser Ergebnisdokumentation. Fügen Sie Ihre Ideen gerne hinzu.

Johannes Krug	Katja von Damaros	Arno Helwig
Superintendent Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf	Vorsitzende Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem e.V.	Leiter Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem e.V.



17. Februar 2021

Die gesundheitliche Versorgung im Stress-test: Patient*innen und Mitarbeitende im Krankenhaus

Impulsgeber*innen:

- Christian Petzold, stellvertr. Vorsitzender der Aktion Demenz e.V.
- Pfarrerin Regine Lünstroth, Krankenhauseelsorgerin im Theodor-Wenzel-Werk
- Jutta Beversdorff-Burghard, Krankenschwester auf der Intensivstation im Helios-Klinikum Emil von Behring

Das Thema

Viele Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurden und werden damit begründet, dass das Gesundheitssystem nicht überlastet werden dürfe. Daher stand das Krankenhaus als zentraler Teil des Gesundheitssystems mit seinen Mitarbeitenden, mit den Patient*innen und deren Zugehörigen im Mittelpunkt des ersten Abends der Gesprächsreihe.

Aus den Impulsen und der Diskussion

Eine Überlastung des Gesundheitssystems konnte insofern vermieden werden, als dass in den Krankenhäusern, die COVID-19-Patient*innen versorgen können, bisher genug Intensivbetten und Beatmungsgeräte zur Verfügung standen. Das ist nicht selbstverständlich, wie ein Blick in andere Länder zeigt. Wenn es zu Engpässen kam, mangelte es nicht an Betten, sondern eher am Personal und adäquater persönlicher Schutzausrüstung.

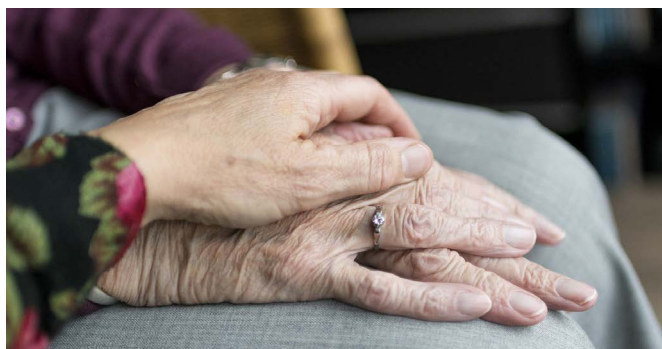
Mit Blick auf die Patient*innen wurde durchweg betont, auch in einer Pandemie immer den Mitmenschen im Blick zu haben und nicht allein die*den Risikoträger*in. In der Diskussion haben wir uns mit den besonders vulnerablen Gruppen beschäftigt. Menschen mit Demenz bspw. sind sehr häufig ältere Personen und brauchen bei einem Krankenhausaufenthalt Begleitung und Betreuung, ebenso Menschen mit Behinderung. In den Lockdown-Phasen war es jedoch kaum möglich, Zugehörige oder Ehrenamt-

liche im Krankenhaus zuzulassen. Ehrenamtliche Besuchsdienste z.B. aus Gemeinden oder von den „Grünen Damen und Herren“ mussten ihren Dienst stark einschränken, u.a. auch weil die Ehrenamtlichen selbst zur Risiko-Gruppe gehören. Menschen mit psychischen Erkrankungen stehen in der komplexen Belastungssituation durch die Pandemie vor besonderen Herausforderungen, wenn es darum geht, mit Sorgen um die eigene Gesundheit und die Gesundheit anderer Menschen, existenziellen Zukunftsängsten und Ungewissheit umzugehen. Aus der Praxis wurde berichtet, dass die Zunahme psychischer und seelischer Belastung im Krankenhaus deutlich wahrnehmbar ist. Ein weiteres Problem ergibt sich bei der Entlassung von Patient*innen, die zu Hause allein sind und unter den Corona-Bedingungen kaum Möglichkeiten haben, ihre alltäglichen Kontakte zu nutzen oder am sozialen Leben teilzuhaben. Das betrifft Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Menschen mit psychischen Erkrankungen besonders stark.

Die Situation der Mitarbeitenden im Krankenhaus wurde sehr differenziert erlebt und dargestellt. Dort wo Personalmangel besteht, wird er durch die Krise verschärft. Etwa wegen des Aufwands infektionshygienischer Maßnahmen, wegen Erkrankung oder Quarantäne von Kolleg*innen oder weil Mitarbeitende in der Familie zusätzlich z.B. durch Homeschooling oder Kinderbetreuung gefordert waren. An die Mitarbeitenden waren sehr hohe Anforderungen hinsichtlich ihrer Flexibilität gestellt. Ärzte und Pflegende haben in der Krise eine hohe öffentliche Wertschätzung erfahren. Der gesellschaftliche Stellenwert der Gesundheitsberufe sollte auch nach der Pandemie anerkannt werden. Denn fest steht: Die Krankenhäuser können den Stresstest ohne ihre Mitarbeitenden nicht bestehen.

Quintessenzen

- Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte darüber, was uns ein gutes Gesundheitssystem wert ist und wie es gerecht gestaltet werden kann. Die Gesundheitsberufe brauchen mehr Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen, damit die Berufe attraktiv bleiben.
- Patient*innengruppen benötigen als ergänzendes Unterstützungssystem für die stationären Gesundheitseinrichtungen eine Sorgestruktur, in die sie während und nach ihrem Krankenhausaufenthalt eingebettet sind.
- Die Verzahnung von Krankenhaus und ambulanten Diensten muss sozialräumlich verbessert werden. Die Kommune wird als Institution und Akteur benötigt, die ein solches Sorgenetzwerk politisch und organisatorisch fördert und unterschiedliche Akteure an einen Tisch holt.



24. Februar 2021

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Pflegebedarf

Impulsgeber*innen:

- Dr. Peter Bartmann, Leiter des Zentrums Gesundheit, Rehabilitation und Pflege; Diakonie Deutschland
- Stefanie Kämper, Studiengang Nursing, Ev. Hochschule Berlin
- Dagmar Michaelis-Olrogge, Leiterin des Pflegestützpunkts Steglitz-Zehlendorf

Das Thema

Die Impfstrengungen Deutschland laufen etwa nach einem Jahr Leben mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 an und richten sich prioritär an Personengruppen, die nach bisherigen Erkenntnissen ein höheres Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf haben. Das betrifft vielfach Menschen mit Pflegebedarf, um deren Situation in der Corona-Pandemie es am zweiten Gesprächsabend der Reihe ging.

Aus den Impulsen und der Diskussion

In der Fachwelt ist lange bekannt, was durch die Corona-Pandemie in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird: Der Pflegeberuf braucht dringend Nachwuchs, die Pflegefachfrauen und -fachmänner brauchen besser Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Demgegenüber haben die aktuell Studierenden der Pflegewissenschaften in ihren Praxisphasen teilweise sehr belastende Erfahrungen gemacht. Zum Teil fehlte Anleitung und Begleitung. Die Auszubildenden und Studierenden fühlten sich der hohen Verantwortung nicht hinreichend gewachsen, anfänglich fehlte zudem die notwendige persönliche Schutzausrüstung. Hinzu kommt, dass die Lehre überwiegend online stattfinden musste. Je nach Lebenssituation und finanzieller Lage führt das zu zum Teil zu sehr unterschiedlichen Studienbedingungen. Diese Situationen der Überforderung führte dazu, dass für das Jahr 2020 mit einer Abbruchquote von knapp 30% zu rechnen ist.

Auch wenn die stationäre Altenpflege im Mittelpunkt der Medien stand, ist festzuhalten, dass 80% der älteren Menschen zu Hause gepflegt werden, 2/3 davon von Angehörigen. Aus der Pflegeberatung wurde berichtet, dass die Corona-Pandemie für die pflegenden Angehörigen eine große Belastung darstellt. Gerade die Entlastungsangebote für diese Personen, wie Tagespflegen oder Selbsthilfegruppen, sind heruntergefahren oder haben gar nicht mehr stattgefunden. Die Pflegeberatung des Pflegestützpunktes war nach Terminabsprache oder telefonisch möglich, in Ausnahmefällen wurden noch Hausbesuche gemacht. Für Zugehörige von Bewohner*innen von Altenheimen waren die strikten Besuchsbeschränkungen gerade zu Beginn der Pandemie ein großes Problem. Erst die Möglichkeit von Corona-Tests führte zu einer Entspannung. Auch die ehrenamtlichen Besuchsdienste waren fast komplett eingestellt. Innovative Alternativen, wie Kommunikationsangebote via gestelltem Laptop, verloren im weiteren Verlauf der Pandemie viel von ihrem anfänglichen Elan. Heime mussten zum Teil kreative Lösungen für Besuche und Kontakte finden. Pflegenden Angehörige waren durch die Situation in der Pandemie häufig überfordert, manchmal mit der Folge, eine Aufnahme der zu pflegenden Person in eine Pflegeeinrichtung anzustreben, was eine zusätzliche Belastung für Heime und Pflegedienste bedeutete.

Quintessenzen

- Die Pflegeausbildung und der Pflegeberuf sind in unserer älter werdenden Gesellschaft nicht nur in Pandemiezeiten essentiell wichtig. Sie brauchen gute Rahmenbedingungen und viel politischen und gesellschaftlichen Rückenwind.
- Die Pandemie hat das Problem der Einsamkeit älterer Menschen sehr deutlich gemacht. Eine Kultur der Aufmerksamkeit in den Nachbarschaften wird gebraucht.



3. März 2021

Verschärfung sozialer Ungleichheit: Wie armutsbetroffene Menschen die Krise erleben

Impulsgeber*innen:

- Barbara Eschen, Sprecherin der Landesarmutskonferenz Berlin, Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- Schwester Heike Erpel, Projektleiterin der Aktion „Warmes Essen“ in der Pauluskirche Zehlendorf
- Helmut Reiners, Standortleiter einer Wohnungsloseneinrichtung in Lichterfelde

Das Thema

Wo soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft herrscht, wird sie in der Pandemie deutlicher wahrnehmbar und in vielen Fällen verstärkt. Klar ist dabei aber auch, dass die Bandbreite an Missständen – etwa im sozialen Wohnungsbau, bei den Sozialleistungen oder der Arbeitswelt – unser gesellschaftliches Miteinander bereits lange vor Corona herausforderten.

Aus den Impulsen und der Diskussion

Die Corona-Pandemie verschärft die soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Arbeitslosen- und Armutszahlen steigen, die Überschuldung privater Haushalte nimmt zu, Existenzsorgen und psychische Belastungen wachsen. Die am sozio-kulturellen Existenzminimum orientierten Hartz-IV-Regelsätze reichen nicht aus, um zusätzliche Belastungen der betroffenen Familien zu finanzieren. Es sind z.B. mehr Lebensmittel einzukaufen, weil nicht mehr in der Schule oder in der Kita zu Mittag gegessen wird. Die digitale Ausstattung für das Homeschooling ist oft nicht vorhanden. Wo andere durch Minderausgaben beim Urlaub oder bei der Freizeitgestaltung in der Pandemie sogar Geld einsparen können, ist dies Haushalten, die Transferleistungen beziehen, nicht möglich. Von der Pandemie besonders betroffen sind Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit niedrigen Löhnen und fehlender sozialer Absicherung, wie Leiharbeit oder

Mini-Jobs. Die Landesarmutskonferenz und die Diakonie setzen sich politisch für und mit Armutsbetroffenen für Reformen des Systems sozialer Sicherheit ein. Sollten sich Kirche und Diakonie vernehmlicher zu Wort melden?

Die Arbeit der Aktion „Warmes Essen“ in der Pauluskirche Zehlendorf hat sich sehr verändert, da Speisen aufgrund der Hygienemaßnahmen nur noch zum Mitnehmen herausgegeben werden konnten. Es ist deutlich zu merken, dass Menschen nicht nur versorgt werden wollen, sondern soziale Kontakte und ein Gespräch suchen. Zu den langjährigen Gästen sind in den vergangenen Monaten neue Gesichter hinzugekommen. Altersarmut ist ein zunehmendes Problem. Positiv herauszustellen ist die große Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement und zu finanzieller Unterstützung der Arbeit durch Spenden.

Auch die Arbeit in der Obdachloseneinrichtung musste an die Hygiene- und Abstandsregeln angepasst werden. Neue Übernachtungsmöglichkeiten wurden gebraucht. Das politische Ziel des Senats, Obdachlosigkeit abzuschaffen, ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Sozialer, bezahlbarer Wohnraum wäre notwendig, ist aber zu wenig vorhanden. In der konkreten Arbeit mit den Gästen der Obdachloseneinrichtung waren zunehmende Unsicherheit und Ängste wahrnehmbar.

Quintessenzen

- Die Corona-Krise hat zu einem wirtschaftlichen Abschwung und zu hohen Staatsausgaben und Staatsschulden geführt. Gehen wir auf harte politische Auseinandersetzung über Sparmaßnahmen und Verteilung zu? Welche Rolle wird dabei die Armutsbekämpfung spielen?
- „Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.“ Das ist eine der Kernbotschaften des Neuen Testaments. „Einer trage des anderen Last“ ist auch einer der Grundgedanken unserer sozialstaatlichen Ordnung. Birgt die Pandemie auch eine Chance für mehr Solidarität in unserer Gesellschaft? Was können wir als Kirche, als Bezirk, als Gesellschaft dafür tun?
- Die Arbeit von Kirche und Diakonie setzt sich anwaltschaftlich für von Armut betroffene Menschen ein. In absehbarer Zukunft wird die Kirche aber mit deutlich weniger Mitgliedern und mit weniger finanziellen Mitteln auskommen müssen. Wie werden Prioritäten in der kirchlich-diakonischen Arbeit zukünftig gesetzt?



10. März 2021

Gelebte Nachbarschaft gegen soziale Distanz und Vereinsamung: Ein altes Modell reaktiviert?

Inputgeberinnen:

- Alexandra Pichl, Mitglied der Gemeindevertretung Kleinmachnow, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg
- Nicole Herlitz, Projektleiterin Getragen in Gemeinschaft (GiG), Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf
- Julia Tannert, Philantow, Teltow

Das Thema

Die erste Welle der Pandemie war durch großes nachbarschaftliches Engagement begleitet. Gleichzeitig hat auch die Zivilgesellschaft in den vergangenen Monaten einen „shutdown“ erlebt. In den Gesprächsabenden am Martin-Niemöller-Haus wollen wir auch die Verantwortung thematisieren, die aus der Geschichte dieses Ortes in Dahlem erwächst. Der Blick für die Sorgen und Nöte der eigenen Nachbarschaft spielt dabei historisch wie gegenwärtig eine wichtige Rolle.

Aus den Impulsen und der Diskussion

Die Nachbarschaft hat in unserer Gesellschaft, besonders im großstädtischen Raum, aufgrund von Individualisierungstendenzen und zunehmender Mobilität an Integrationskraft verloren. Die Corona-Krise hat jedoch gezeigt, dass sie keineswegs ein Auslaufmodell ist. Gerade in Zeiten eingeschränkter Mobilität, erzwungener sozialer Distanz und Isolation und konkreter Hilfebedarfe im unmittelbaren Umfeld zeigt sich ihre Bedeutung insbesondere für Familien mit Kindern und für ältere Menschen. Gerade die erste Welle der Pandemie war durch großes nachbarschaftliches Engagement begleitet. Die Kommunalpolitik kann dieses Engagement unterstützen, Vernetzung und Austausch fördern, finanziell entlasten, (digitale) Begegnungsräume schaffen. Die Kommunen können Nachbarschaftsinitiativen, Vereine, Kirchengemeinden und soziale Träger an einen Tisch bringen, um

gemeinsam Ideen für nachbarschaftliche Solidarität zu entwickeln. Auch die Unternehmen spielen eine wichtige Rolle. Die Kommunen übernehmen Verantwortung für die soziale Unterstützung und Infrastruktur. Nachbarschaftliches Engagement soll nicht die kommunalen Fürsorgeaufgaben übernehmen. Die Kommunen in Brandenburg sind finanziell sehr unterschiedlich aufgestellt. Vor allem die finanzschwachen Kommunen stehen durch Einnahmeausfälle und Ausgabensteigerungen vor großen Problemen. Sie brauchen Unterstützung, damit sie ihre Aufgaben der Daseinsfürsorge weiterhin erfüllen können.

Die Angebote für Familien von Philantow mussten während des Lockdowns und aufgrund der Abstands- und Hygieneregeln drastisch eingeschränkt werden. Der Bedarf an Beratung, Unterstützung und Austausch war jedoch sehr hoch, denn gerade die Familien haben in der Pandemie große Belastungen zu schultern, häufig ohne Entlastung oder nennenswerten Pausen. Die psychologischen Folgen für Kinder sind darüber hinaus noch nicht absehbar. Im Familienzentrum wurden coronakonforme Ideen entwickelt: digitale Räume wurden geschaffen, Veranstaltungen auf Online-Formate umgestellt, Spaziergänge angeboten, der Newsletter stark ausgebaut. Manche Entwicklungen werden die Pandemie überdauern: An digitalen Elternrunden am Abend konnten beispielsweise auch Alleinerziehende teilnehmen, die sonst mangels Kinderbetreuung nicht hätten kommen können.

Die Arbeit mit hochbetagten Menschen und das intergenerationelle Miteinander lebt von der analogen Begegnung. Viele Formate des Projektes GiG – vom Erzähl-Café bis zum Straßenfest – konnten nicht stattfinden. Das grundlegende Bedürfnis von gesellschaftlicher Teilhabe ist so nur schwer zu erfüllen. Dennoch, die Brieffreundschaften und andere Beziehungen, die schon vor der Pandemie entwickelt wurden, haben vielfach auch unter erschwerten Bedingungen getragen. Jugendliche haben Einkaufshilfe für Ältere und Unterstützung bei der Digitalisierung angeboten. Manchmal fällt – so die Erfahrung – aber auch die Akzeptanz der eigenen Hilfebedürftigkeit und das Annehmen von Unterstützung nicht leicht.

Quintessenzen

- Nachbarschaften sind nicht per se integrierend, sondern können auch ausgrenzend sein. Offenheit, Solidarität und eine Kultur der Aufmerksamkeit, die allen Nachbar*innen gilt, sind nicht selbstverständlich, sondern müssen gestaltet werden. Der kritische Blick, wo Bedarfe liegen, ist elementar.
- Gute Nachbarschaft braucht politische Unterstützung, braucht Strukturen, Räume, Finanzen, damit Initiativen, Vereine, Gemeinden, ehrenamtlich Engagierte sich einbringen können.
- Stichwort Gemeinwohlökonomie: Erlebt auch dieses vielschichtige Konzept neue Impulse durch die Erfahrungen der Corona-Pandemie?



17. März 2021

Vereinnahmung des Widerstandsdiskurses durch Verschwörungsideologien

Inputgeber:

- Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand
- Arno Helwig, Leiter des Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem

Das Thema

Verschwörungsideologien bieten eine in sich logische Erklärung für komplexe Ereignisse und Situationen. Sie begegnen einem Bedürfnis nach eindeutigen Verhältnissen und vermitteln ein Gefühl von Kontrollerhalt – Bedürfnisse, die in Zeiten von Corona besonders stark ausgeprägt sind.

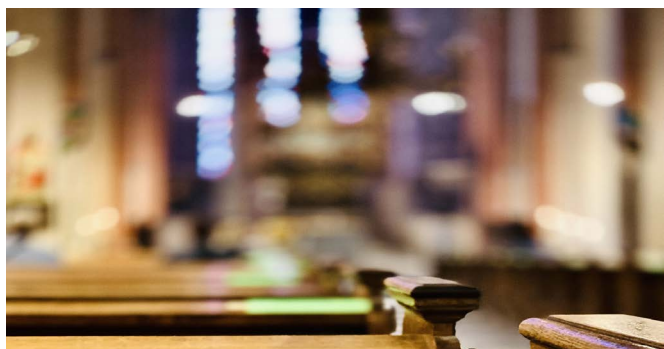
Aus den Impulsen und der Diskussion

Auf Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, in Parlamentsdebatten zum Infektionsschutzgesetz oder in den Sozialen Medien begegnet man vielfach dem Versuch, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus für eigene politische Ziele zu instrumentalisieren. Es erfolgt eine Parallelsetzung der eigenen Rolle sowohl mit Personen des Widerstands als auch mit Opfern des NS-Regimes. Die unerlässliche Unterscheidung zwischen dem Widerstand gegen eine totalitäre Diktatur und der Opposition im demokratischen Rechtsstaat wird ignoriert. Die systematische Begriffsokkupation durch Verschwörungsideologien, rechtspopulistische und rechtsextreme Kreise führt zu einer Verharmlosung der NS-Verbrechen und einer Verhöhnung der Opfer, zum anderen ist sie geeignet, die Demokratie verächtlich zu machen und den angeblichen „Widerstand“ mit historischen Argumenten zu legitimieren. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass sich mit den diversen Corona-Verschwörungsideologien jahrhundertalte, antisemitische Verschwörungserzählungen verbinden und in offenen, auch gewaltbereiten, Judenhass umschlagen.

Was tun im Umgang mit Verschwörungserzählungen und in der Auseinandersetzung mit Menschen, die Verschwörungsideologien äußern? Zum Teil stehen hinter Verschwörungsideologien Unsicherheit, Angst vor Kontrollverlust und handfeste Sorgen. Zum Teil wollen Menschen mit demokratiefeindlicher, menschenverachtender, rassistischer und antisemitischer Einstellung aus diesen Sorgen politisches Kapital schlagen. Existentielle Sorgen sollten ernstgenommen werden, Aussagen aber kritisch geprüft und mit rationalen Argumenten und Fakten entkräftet werden. Es ist Aufgabe und Herausforderung, dialogbereit und respektvoll zu bleiben, aber auch falschen Fakten und menschenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Aussagen klar zu widersprechen.

Quintessenzen

- Positionen von Verschwörungsideolog*innen können einem an vielen Orten begegnen: im persönlichen und familiären Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Gemeinde oder im politischen Raum. Es werden Orte der Begegnung und Diskursräume gebraucht, damit unterschiedliche Meinungen im Gespräch bleiben.
- Mit Hilfe der sozialen Medien kann eine kleine Gruppe von Verschwörungsideolog*innen eine sehr große mediale Reichweite erreichen. Überhaupt können Diskussionen mit Verfechter*innen von Verschwörungsideologien anstrengend sein. Gegen eine Meinungs- und Filterblase zu argumentieren ist nicht selten vergeblich. Es gilt, vor allem die empfängliche Zuhörerschaft der Verschwörungsideolog*innen mit einem freiheitlich-demokratischen Diskurs, für Pluralität und Diversität, zu überzeugen und in Alltagssituationen wie im Netz Engagement gegen Menschenfeindlichkeit zu zeigen.



24. März 2021

Die Corona-Pandemie: lessons learned in Kirche und Gemeinde

Inputgeber*innen:

- Dr. Johannes Krug, Superintendent, Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf
- Dr. Tanja Pilger-Janßen, Pfarrerin, Ev. Kirchengemeinde Berlin-Dahlem

Das Thema

Im Zuge der mehrfachen Wechsel von Verschärfungen und Lockerungen der Coronaschutzmaßnahmen wurde die besondere Stellung von Glaube und Kirche deutlich und in Medien und Gesellschaft teils kontrovers diskutiert. Die innerkirchlichen Herausforderungen aktueller Transformationsaufgaben bildete den Rahmen des sechsten Gesprächsabends.

Aus den Impulsen und der Diskussion

Hinter den Titel des Diskussionsabends gehört ein Fragezeichen. Die evangelische Kirche steckt mittendrin im Lernprozess. Die starken Einschränkungen ihrer zum großen Teil auf persönliche Begegnung ausgerichteten Arbeit fordern dazu heraus, neue Ideen zu entwickeln und die digitalen Möglichkeiten zu entdecken und zu nutzen. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele insbesondere in der Gottesdienst- und Andachtgestaltung unter freiem Himmel oder digital, der Seelsorge im Gehen und mit Abstand oder der intensiveren Kommunikation mit der Gemeinde. In der Krisensituation kann mit anderen Formen und Angeboten fehlerfreundlich experimentiert werden. Die Digitalisierung des sozialen Miteinanders hat aber auch deutliche Grenzen.

Zudem zeigt sich in Bezug auf die Kirche, was auch für andere Transformationsprozesse gilt: Die Corona-Krise schärft den Blick für Schwachstellen des Bestehenden und kirchliche Veränderungsnotwendigkeiten. Vorgesprochen werden keine weiteren Reformpapiere, sondern pragmatische Schritte hin zu mehr Freiheit und Verantwortung der Basis, größerer Diversität in der Mitarbeiter-

schaft, besserem Zusammenspiel evangelischer Akteure. Hierfür ist eine Leitungskultur erforderlich, die Innovation fördert und ermöglicht. Ein Versäumnis wird darin gesehen, dass kirchliche Akteure nicht sehr viel früher und vernehmbarer deutlich gemacht haben, dass die Pandemie nicht nur eine physische Bedrohung darstellt, sondern auch der Seele zusetzt und psychische Belastungen zur Folge hat. Als mögliche gesellschaftliche Folge der Pandemie können sich Entsolidarisierungsprozesse gerade gegenüber den Menschen ergeben, die auf Unterstützung, Beratung und Begleitung angewiesen sind. Insoweit das Brückenbauen und das Zusammenbringen von Menschen eine Kernkompetenz von Kirche ist, haben Gemeinden und andere kirchliche Institutionen die Aufgabe, Begegnungen zu ermöglichen, Diskurse zu fördern und für Gerechtigkeit einzutreten.

Quintessenzen

- Die Corona-Pandemie hat viele kreative Prozesse freigesetzt. Was soll beibehalten werden, was besser nicht? Kirche sollte experimentierfreudig und veränderungsbereit bleiben.
- In der Pandemie hat die Kirche öffentlich kaum eine Rolle gespielt. Sie ist offensichtlich nicht mehr selbstverständlich die bedeutende Institution, die in einer gesellschaftlichen Krise und bei den damit verbundenen ethischen Fragen Orientierung gibt. Damit sie auch zukünftig, auch als Minderheitenkirche, gesellschaftlich prägend bleiben kann, sind Veränderungen notwendig.
- Die Kirche sollte sich lauter zu Wort melden. Sie hat zu den gesellschaftlichen Problemen, die durch die Corona-Krise deutlich werden, etwas zu sagen.

Ideenspeicher zum Weiterdenken und Handeln

Wir laden herzlich ein, den Austausch online auf unserem „Padlet“ – einer digitalen Pinwand – weiterzuführen und sich an der gemeinsamen Entwicklung ganz konkreter Ideen und Aktionen zu beteiligen.

Es ist uns am Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem ein Anliegen, dass dieser Ort historischer Erfahrung und Verantwortung als Raum für aktuelle gesellschaftliche Themen und Debatten genutzt wird. Bringen Sie sich ein als Zivilgesellschaft, als Gemeinde, Verein, Initiative, Nachbarschaft etc.



Die folgenden Punkte haben wir auf dem „Padlet“ festgehalten:

Kultur der Aufmerksamkeit

- Eine Kultur der Aufmerksamkeit in den Nachbarschaften wird gebraucht, zu der jede*r Einzelne, aber auch Nachbarschaftshilfen, Kirchengemeinden u.ä. beitragen können.
- Eine wichtige Rolle könnten Hausärzte spielen und eine Art Lotsenfunktion übernehmen, da sie ihre bedürftigen Patient*innen gut kennen und den Kontakt zu Sorgenetzwerken herstellen könnten. Fragen des Datenschutzes sind hier zu berücksichtigen.
- Es stellt eine Herausforderung und wichtige Aufgabe dar, diejenigen wahrzunehmen, die besondere Unterstützung benötigen wie Hochbetagte, Alleinlebende, Menschen mit psychischen Erkrankungen etc. Kirchengemeindliche Gruppen, Vereine und andere Netzwerke können ihre Aktivitäten konkret diesen Mitmenschen widmen, Chöre singen in Innenhöfen eines Krankenhauses, Handwerksgruppen basteln Aufmerksamkeiten für Heimbewohner*innen, Pfadfinder*innen bieten aktiv gute Taten in der Nachbarschaft an etc.
- Der Runde Tisch „Gut älter werden“ im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wurde als gute Vernetzungsstruktur zwischen Kommune, Trägern, Kirchengemeinden und ehrenamtlichen Initiativen hervorgehoben. Ein Beispiel, das Schule machen könnte?

Ungleichheit begegnen

- Eine „Kultur des Genug“ wurde in der Diskussion als ein Weg vorgeschlagen. Jeder*m das, was sie*er zum Leben

und Teilhabe braucht, nicht unbedingt, was leistungsbedingt verdient wäre. Ein Thema, das uns unter dem Stichwort „Gemeinwohlökonomie“ beschäftigt hat.

Angebote der Unterstützung

- Die familiären Unterstützungsstrukturen sollten im Sinne einer „sorgenden Gemeinschaft“ ergänzt werden durch weitere „Zugehörige“: Freundinnen und Freunde, Nachbar*innen, Wahlverwandte etc. Dadurch können mehr Patient*innen begleitet und getragen werden. Der Corona-bedingte Digitalisierungsschub kann bspw. bei der Herstellung von Kontakten und der Durchbrechung von sozialer Isolation hilfreich sein. In Kirchengemeinden und als Einzelpersonen können wir uns in Besuchsdiensten z.B. der Gemeinde oder der „Grünen Damen und Herren“ in nachbarschaftlichen und kommunalen Netzwerken engagieren.
- Die digitale Teilhabe älterer und allgemein wenig technikaffiner Menschen braucht Unterstützung. Neben der Ausstattung an Geräten zählt dazu auch die Vermittlung digitaler Kompetenzen oder zumindest der Zugang zu Menschen mit entsprechenden Kompetenzen.

Räume für Begegnung schaffen

- Im Gebiet unseres Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf sind viele ältere Menschen digital vernetzt. Es bedarf aber eines kritischen Blicks, um zu sehen, wo die digitale Teilhabe eingeschränkt ist und Menschen Unterstützung brauchen.
- Begegnungsräume schaffen, das kann eine gemeinsame Aufgabe von Kommunalpolitik und zivilgesellschaftlichen Organisationen sein, die über Räume und Außenflächen verfügen.

Diskurs ermöglichen

- Mit Hilfe der sozialen Medien kann eine kleine Gruppe von Verschwörungsideolog*innen eine sehr große mediale Reichweite bekommen. Wie begegnet man entsprechenden Äußerungen im Netz? Welche Kompetenzen braucht es dazu?
- Diskussionen mit Verfechter*innen von Verschwörungphantasien können anstrengend sein. Wo bekommen Menschen Unterstützung und Rückhalt bei ihrem Einsatz für den freiheitlich-demokratischen Diskurs, für Pluralität und Diversität, für ihr Engagement gegen Menschenfeindlichkeit?
- Ein Blick auf die USA sollte uns mahnen, den politischen Diskurs vor Ort und in den Medien nicht polemisch zu führen. Es besteht die Gefahr einer nur schwer überbrückbaren Spaltung der Gesellschaft, mit Lagern, die in ihren jeweiligen Filterblasen gefangen bleiben.

Ausblick

Corona und der Globale Süden

In Kooperation mit *Brot für die Welt* diskutieren wir an zwei online-Gesprächsabenden die Herausforderungen, die sich in Regionen des globalen Südens stellen.

Es diskutieren mit uns von Brot für die Welt online via Zoom-Videokonferenz:

- am **22. April, 18.30 Uhr:**
David Heuckeroth – Referent Aktionsthema Klimagerechtigkeit
- am **29. April, 18.30 Uhr:**
Mareike Bethge – Referentin Aktionsthema Kindern Zukunft schenken

Anmeldung über: info@mnh-dahlem.de

Fortführung der Gesprächsreihe „Wie verändert die Corona-Krise unsere Gesellschaft?“

An drei Terminen nehmen wir weitere gesellschaftliche Bereiche in den Blick. Bitte merken Sie sich den **2.6., 16.6. und 23.6.2021, jeweils 19.00 Uhr** vor.

Für weitere Informationen melden Sie sich für unseren Veranstaltungs-Newsletter an und beachten Sie unsere Programmankündigung auf www.niemoeller-haus-berlin.de/veranstaltungen.

Veranstalter:



Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem e.V.
Pacelliallee 61, 14195 Berlin
www.niemoeller-haus-berlin.de
info@mnh-dahlem.de
030 / 2332 783 10

In Kooperation mit:



Evangelischer Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf